Eiswürfel aus Gletscherwasser

Bei der Wasserkraft geht es eigentlich um Aluminium und um den Krieg, Signe, denn nur wegen der Aluminiumwerke brauchen wir eine erhöhte Stromproduktion, würde man keine Waffen herstellen, würden acht von zehn Aluminiumwerken Konkurs machen, die Leute glauben, es ginge um Strom für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Privathaushalte, aber eigentlich geht es nur um Krieg, ganz Norwegen baut auf Aluminium und Waffen.«

2017 erschien der zweite Teil eines auf vier Teile angelegten literarischen Projekts über das Klima. Die 1975 in Oslo geborene Maja Lunde hatte mit »Die Geschichte der Bienen« bereits einen viel gelesenen Roman vorgelegt, danach folgte der Roman »Die Geschichte des Wassers«, aus dem dieses Zitat stammt, der dritte Teil »Die Letzten ihrer Art« ist ebenfalls bereits erschienen.

Zwei statt drei Zeitebenen sind es im Wasser-Roman. Norwegen 2017 und Frankreich 2041. Hauptfigur in Norwegen: Signe, eine im Jahr 2017 bereits 70-jährige Umweltaktivistin, die sich oft brachialer Methoden mit Sprengkraft bedient hatte; in Frankreich: David, der mit seiner kleinen Tochter Lou auf der Flucht vor der großen Dürre ist und in einer verwüsteten Landschaft mitten im Sand jenes Boot entdeckt, mit dem Signe einst losgesegelt war, um große, umweltzerstörerische Bauprojekte zu verhindern. David richtet das Boot her in der Hoffnung, dass aus der Wüste wieder Wasser wird. Signe ist längst tot und Geschichte. Wahrgewordene Geschichte, denn ihre Kassandraerzählungen sind Realität geworden.

Im Jahr 2017 will Signe die Liebe ihres Lebens zur Rede stellen, einen Mann, der sich nun einem Unternehmen andient, das aus dem Gletscherwasser Norwegens Eiswürfel macht, ein Luxusgut für jene, die ihren Whiskey gern »on the rocks« trinken (macht man aber eigentlich nicht).

David ist fast ein Vierteljahrhundert später Opfer all jener profitablen Ideen, die mit dem Wasser gespielt, es vernutzt, verschmutzt, verseucht und vertrieben haben.

»Die Geschichte der Bienen« hat mit drei Zeitebenen gespielt, in der Wassergeschichte blieb die Autorin bei zweien, erzählt jedoch in vielen Szenen, wie die Kuh aufs Eis gekommen ist. Für diese Erzählung ist der Vater der Umweltaktivistin zuständig, einer, der vom »Früher« erzählt. Von einer Zeit, da die Idee, Gletscherwasser in Form von Eiswürfeln zu vermarkten, zwar im Wirtschaftssystem enthalten, aber noch nicht geboren war.

Zum Heulen das alles. *kg*

Maja Lunde: »Die Geschichte des Wassers«, btb 2017

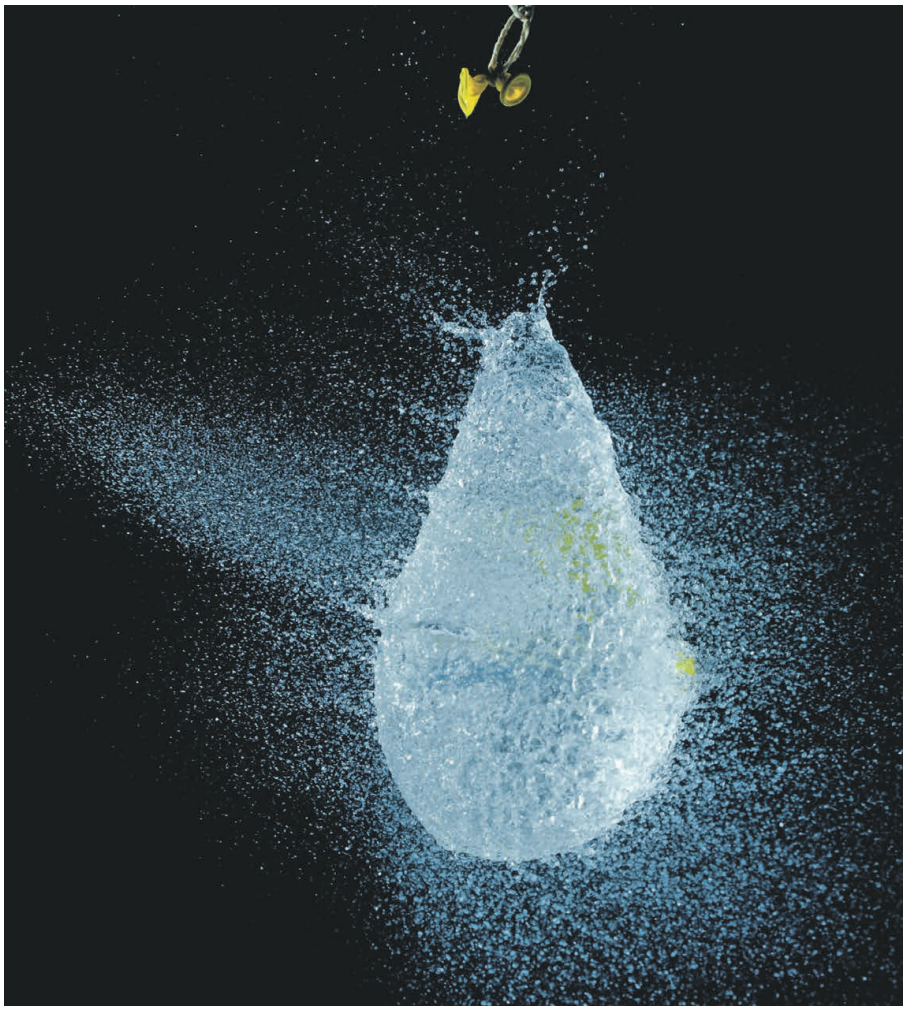

Foto: Christoph/pixabay

Gemeinsame Quellen

Seit Jahrzehnten protestieren Menschen in ganz Südamerika gegen die kommerzielle Ausbeutung ihres Trinkwassers. Manchmal mit Erfolg

SIGRUN MATTHIESEN

Der UN-Weltwassertag am 22. März soll die Menschheit jährlich an den Wert der lebenswichtigen Ressource erinnern. Eine Erinnerung, die sie in der Gemeinde Juan C. Bonilla im mexikanischen Bundesstaat Puebla eher nicht brauchen, denn dazu genügt ein Blick in den Brunnenschacht, der häufig bedenklich leer war, seit sich der Trinkwasser-Konzern Bonafont, ein mexikanisches Tochterunternehmen des französischen Unternehmens Danoné, in der Region angesiedelt hatte und die lokalen Reservoirs anzapfte. Weswegen 600 Aktivist:innen den diesjährigen Weltwassertag nutzten und die Eingänge zur Abfüllstation blockierten. Mit Erfolg: Seitdem sind die Ziehbrunnen wieder voller, Bonafont stellte den Betrieb einstweilen ein und am 8. August, dem Geburtstag Emiliano Zapatistas, übernahmen die Besetzer:innen dann auch gleich noch den Rest des Firmengeländes. Der blog »america21« berichtete, die Besetzer:innen legten dem Gouverneur von Puebla 6000 Unterschriften aus 20 Gemeinden vor, die »Freiheit, Land und Wasser« fordern, sowie die endgültige Schließung von Bonafont.

Mit derartigen Aktionen – Besetzungen auf dem Land, Zahlungsboykotten und Massendemonstrationen in den Städten, Streiks von Wasserwerkern, eigenmächtigen Brunnenbohrungen und selbst verlegten Rohren in informellen Siedlungen – haben Menschen in ganz Südamerika jahrzehntelang gegen die kommerzielle Ausbeutung ihres Trinkwassers protestiert. Mit Erfolg. Der öffentliche Widerstand, so schreiben David Hall und Emanuele Lobina vom in Großbritannien ansässigen »Institut zur Erforschung öffentlicher Dienstleistungen« (PSIRU), sei einer der beiden maßgeblichen Gründe dafür gewesen, dass sich Multinationale Wasserunternehmen seit Anfang der 2000 Jahre aus Südamerika zurückgezogen haben. Der andere Grund waren zu niedrige Profite – jedenfalls aus Sicht der Kapitalanleger:innen. Mit anderen Worten: Die nötigen Investitionen in die Instandhaltung oder auch den Bau von Leitungsnetzen, Pumpanlagen, Klärwerken waren höher als erwartet, und die Einnahmen durch Nutzungsgebühren niedriger. So hatte das zum französischen Suez Konzern gehörende Unternehmen »Aguas Argentinas« zwischen 1993 und 2002 in Buenos Aires, laut einem Bericht der dortigen Regulierungsbehörde, nur 61 Prozent seiner Investitionsverpflichtungen erfüllt, während die Wassergebühren deutlich stärker anstiegen als alle anderen Verbraucherpreise.

Den Menschen immer mehr Geld für eine bestenfalls gleiche, oft aber schlechteren Wasserversorgung abzuknöpfen, das gelang auf Dauer selbst ausgesprochen wirtschaftshörigen Regierungen, wie der argentinischen unter Carlos Menem, nicht. In den neu geschaffenen öffentlichen Wasserbetrieben der Hauptstadt, AySA, sicherten sich Beschäftigte und Gewerkschaften einen Anteil von 10 Prozent, der Rest ist Staatsbesitz. Ein Beispiel erfolgreichen Widerstands gegen die Privatisierung lebenswichtiger öffentlicher Infrastruktur, das, wie auch die Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Wassertischen Venezuelas, zum Vorbild für zahlreiche Städte in Europa wurde, die ihre Wasserversorgung rekommunalisieren wollten.

2010 bestärkte dann sogar die UN-Vollversammlung mit der Verabschiedung der unter anderem von Bolivien eingebrachten Resolution 64/292 das Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser. Interessant und für die weiteren Entwicklungen nicht unerheblich ist allerdings, dass sich insgesamt 41 Staaten der Stimme enthielten, neben den USA, Großbritannien und Kanada auch zahlreiche andere Industriestaaten des globalen Nordens. Jurist:innen bezweifeln ohnehin, dass sich aus einem solchen Beschluss ein einklagbarer Rechtsanspruch auf Zugang zu Trinkwasser ableiten lässt. Dennoch wuchs die Hoffnung, »dass nach 30 Jahren der Privatisierung (einschließlich public-private partnerships und outsourcing) Städte überall auf der Welt die Kontrolle über ihre Wasserversorgung wieder zurückgewinnen«, wie es die Wissenschaftler David A. McDonald und Erik Swyngedouw 2019 in einer Sonderausgabe der Fachzeitschrift »Water Alternatives« zum Thema Re-Kommunalisierung« schreiben. Seit 2005, so heißt es dort weiter, habe es in 37 Ländern weltweit mindestens 267 Re-Kommunalisierungen gegeben, die insgesamt mindestens

100 Millionen Menschen beträfen. Andererseits: während im Jahr 2000 nur fünf Prozent der Weltbevölkerung ihr Trinkwasser von einem privaten Anbieter bekamen, waren es 2012 schon 12 Prozent. Wenn es um private Beteiligung an der entsprechenden Infrastruktur geht, zählt die Weltbank 2018 weltweit noch immer gut 1000 aktive Projekte. 31 Prozent dieser Beteiligungen (bezogen auf den Gesamtwert in Dollar) finden sich in Lateinamerika.

Die Summe dürfe beträchtlich gestiegen sein, seit Brasiliens Präsident Bolsanero im Mai 2021 die Lizenz für die Trink- und Abwasserversorgung von Rio de Janeiro für einen Preis von vier Milliarden US Dollar an zwei einheimische Firmen verkauft hat – der bislang teuersten Deal in der seit 1996 andauernden Geschichte der brasilianischen Wasserprivatisierung. Chile, unter der Pinochet-Diktatur der 1980er und 90er Jahre Feldversuch des Neoliberalismus, hat seitdem ein Wasserrecht, das eine Einladung zu Raubbau und Spekulation darstellt. Die Regierung kann Lizenzen zur Nutzung von Wasserreservoirs vergeben, unabhängig davon, wem das Land gehört, auf dem sich diese Quellen befinden. Kleinbäuer:innen sind so der Preis-Willkür ihrer »Wasserherren« ausgesetzt, mittlerweile fast ausschließlich Großkonzerne aus der exportorientierten Agrar- Bergbau- und Forstwirtschaft. Ehe deren Betriebe auf dem Trocken sitzen, drehen sie allen anderen, die auf Wasser aus »ihrem« Reservoir angewiesen sind, kurzerhand den Hahn zu.

Angesichts von Jahrhundertdürren, wie in diesem Jahr, die aufgrund von Bodenvernutzung und Klimawandel selbst in den von Natur aus wasserreichen Regionen in Chile und ganz Südamerika immer häufiger werden, wird das zu einer ständigen Bedrohung. Über die Folgen berichten Organisationen wie »amerika21.de« auch in deutscher Sprache täglich sehr anschaulich. Selbst beim flüchtigen Lesen wird deutlich, dass die Leidtragenden, also jene, deren Ziegen verdursten, Felder verdorren, die ihren Durst mit Flaschenwasser stillen müssen, staatenübergreifend überwiegend zu indigenen Gruppen zählen. Anders gesagt, sie sind Nachfahren jener Menschen, die ihre Siedlungen ursprünglich dort eingerichtet haben, wo es die Vernunft schon immer geboten hat: in Reichweite einer Trinkwasserquelle – und zwar Jahrhunderte oder auch Jahrtausende bevor sich irgendwo die Idee durchgesetzt hatte, Wasserlizenzen als Geschäftsfeld für nationale oder internationale Konzerne anzusehen. Sie sind nun auch die treibende Kraft innerhalb der chilenischen Protestbewegung, die darauf drängt, in der geforderten neuen Verfassung ein Recht auf Wasser zu verankern, das Mensch und Umwelt über Profitinteressen stellt.

Genau das legt die Verfassung von Uruguay schon seit 2004 fest, in der es darüber hinaus wörtlich heißt: »Die öffentliche Abwasserversorgung und die öffentliche Wasserversorgung für den Verbrauch durch Menschen werden ausschließlich und direkt von staatlichen juristischen Personen durchgeführt.« Auf dieser Grundlage hatte die damals gewählte linke Regierung »Frente Amplio« alle bis dahin an private Konzerne vergebenen Konzessionen rekommunalisiert. Gleichzeitig stellt dieser Verfassungstext sicher, dass die vormaligen Lizenznehmer in den berüchtigten Investor-Staats-Schiedsverfahren nur Entschädigungen für ihre bis dahin tatsächlich getätigten Investitionen einklagen können, und nicht, wie häufig üblich, auch entgangene Gewinne in der Zukunft geltend machen. Auch mit dem so gesparten Geld gelang es dem staatlichen Wasserversorger OSE in den folgenden 15 Jahren tatsächlich, den Verfassungsauftrag weitgehend in die Praxis umzusetzen: Was die Menge der Wasseranschlüsse und die Anzahl sanitärer Anlagen anging, war Uruguay deutlich weiter als andere südamerikanische Staaten. Es gab auch weit weniger Unterbrechungen der Versorgung, bessere Wartung und eine nach sozialen Kriterien gestaffelte Gebührenstruktur. Indem wohlhabende Haushalte ärmere »quersubventionieren« und Kosten zwischen dem gewerblichen und privaten Sektor ausgeglichen werden, erreichte OSE eine ausgeglichene Bilanz, die selbst die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank zufrieden stellte. Zumindest vor der Finanzkrise von 2008. Seitdem haben sich die Kosten der Wasserversorgung, auch aufgrund der extensiven Bodennutzung durch die Agrarindustrie, erhöht. Uruguays staatliches Wasserunternehmen begann, gegen den Protest der Gewerkschaften, Personal und Dienstleistungen an günstigere private Unternehmen auszulagern. Die 2019 ins Amt gewählte konservative Regierung hat nun auch die soziale Tarifstruktur unter Beschuss genommen und verlangt im Rahmen eines Notstands-Gesetzes, dass die OSE ihre Gebühren nicht länger selber festlegt, sondern dies durch eine staatliche Aufsichtsbehörde geschieht. Begleitet von Massenprotesten der Bevölkerung wird so versucht, eine staatliche Versorgung zu einem Quasi-Unternehmen umzubauen, das kostendeckend oder noch besser profitabel arbeiten soll.

»Kooperatisierung« nennen McDonald/Swygdenouw diesen Prozess, der zahlreiche (re)kommunalisierte und staatliche Wasserversorger Südamerikas trifft. Der Grund sind längst nicht nur die ideologischen Vorlieben oder korrupten Verstrickungen der jeweils Regierenden, sondern schlicht finanzielle Notlagen. Denn einfach so zur Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, zur Weltbank oder zum IWF gehen und mit Verweis auf das »UN-Menschenrecht auf sauberes Wasser« um einen Milliardenkredit bitten, funktioniert nicht. Selbst in einer Pandemie, in der Händewaschen zur lebensrettenden Tugend erklärt wurde, gibt es für Staatsschulden bestenfalls Zahlungsaufschub. Auch internationale Hilfsgelder werden zum überwiegenden Teil über Organisationen der Weltbank vergeben oder zumindest nach deren weiterhin profitorientierten Mustern, die über die Jahre immer mal unter neuen Namen und Abkürzungen daherkommen. Aktuell lautet es »blenden Finance«, also Mischfinanzierung öffentlicher und privater Gelder, mit dem erklärten Ziel »Risiken und Kosten eines Projekts in Teilen vom privaten in den öffentlichen Sektor zu verschieben und so die Kosten-Gewinnprofile für private Geldgeber oder Investoren attraktiver zu gestalten«, wie es in einem Bericht der UN Task Force Entwicklungsfinanzierung von 2019 heißt. Gefördert werden also vor allem Infrastrukturprojekte, für deren Nutzung am Ende irgendwer bezahlt. Was nichts anderes heißt als: Auch das Menschenrecht auf Wasser hat seinen Preis. Wer den nicht zahlen kann, sitzt auf dem Trocknen. Nach dieser neoliberalen Vorgabe fließt oder tröpfelt es innerhalb des gleichen Landes und sogar der gleichen Stadt in höchst unterschiedlichem Maß.

Besonders anschaulich wird dies in Kolumbiens Hauptstadt Bogota, wo der staatliche Wasserversorger (EAAB) versucht, kostendeckend zu arbeiten, indem wohlhabende Haushalte mehr bezahlen und so die reduzierten Gebühren der ärmere mitfinanzieren, jedenfalls theoretisch. Tatsächlich sind jedoch große Teile der ärmsten Stadtbevölkerung nie an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen worden und anderen wurde der Hahn zugedreht, wenn sie ihre Gebühren nicht bezahlt haben. Während der Covid-19 Pandemie wurden diese Maßnahmen zwar zurückgenommen und rund 40.000 Haushalte wieder angeschlossen, doch die Schulden bei EAAB bleiben bestehen. Zinslos zwar, aber mit Inflationsaufschlag zu zahlen spätestens in drei Jahren, wohlgemerkt von Menschen, die fast alle während der Pandemie Arbeit und Einkommen verloren haben. Für die knapp 500.000 Kolumbianer:innen in der Hafenstadt Buenaventura an der Pazifikküste klingt das vermutlich dennoch nach erstrebenswerten Zuständen. Hier, wo 66 Prozent der vorwiegend afro-kolumbianischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben, sind zwar in 80 Prozent der Haushalte an das Wassernetz angeschlossen, aber maximal fünf Stunden am Tag fließt oder tröpfelt aus den Hähnen etwas heraus. Der städtische Versorger »Hidropacifico« ist ein öffentlich-privates Joint-Venture mit einer langen Geschichte von Korruption und katastrophaler Infrastruktur-Wartung. So wunderten sich die Einheimischen auch nicht, als im Juni 2020 gut 60 Meter der zentralen Versorgungsrohrleitung in ein Flussbett stürzten und Buenaventura tagelang trockenlegten. Während der Bürgermeister log, es handele sich um eine »Naturkatastrophe«, behalfen sich die Einwohner:innen wie so oft mit Regenwasser.

Es sind solche Erfahrungen der Städter:innen, die viele, die in Südamerika auf dem Land leben, darin bestärkt, an ihrer indigenen Tradition der gemeinschaftlichen Selbstversorgung durch »Acueductos Comunitarios«, übersetzt »gemeinsame Quellen«, festzuhalten. Allein in Kolumbien gibt es davon schätzungsweise 20.000, viele versorgen ihre jeweilige Gemeinschaft ohne jegliche Finanz-Zuschüsse des Staates, obwohl überwiegend aus Menschen zusammensetzt, die kaum Geld haben. Dafür gibt es ein geteiltes Verantwortungsbewusstsein, das weit über das Zahlen von Nutzungsgebühren hinausreicht: Wer Wasser aus einer »gemeinsamen Quelle« trinken will, sorgt auch dafür, dass sie weiter sprudelt. Ob das nun durch Reinigungs- und Reparaturarbeiten geschieht, durch die Pflege des Waldes und des Bodens, oder das Organisieren einer Spendenaktion, um Ersatzteile für die Pumpe zu beschaffen hängt von den jeweiligen Fähigkeiten ab und wird gemeinschaftlich entschieden. Gleichzeitig braucht auch niemand zu fürchten, dass der Hahn zugedreht wird, wenn man aus irgendeinem Grund in Zahlungsverzug gerät.

Ein Konzept, das sich seit Jahrhunderten bewährt hat, in den politischen Auseinandersetzungen um Wasser aber weiterhin von staatlichen wie privatwirtschaftlichen Akteuren gleichermaßen nicht nur ignoriert sondern zunehmend gefährdet wird. Immer wieder verschmutzen oder versiegen gemeinsame Quellen, weil anderswo eine Fabrik ihre Abwässer nicht ordentlich reinigt, eine staatliche Mine den Grundwasserspiegel verändert, schwitzende Großstädter dringend duschen oder die Avocados für den Export bewässert werden müssen – koste es was es wolle.

In Kolumbien sind die »Acueductos Comunitarios« seit 1991 offiziell rechtlich als dritter Weg der Wasserversorgung anerkannt, was an ihrer strukturellen Diskriminierung aber bislang wenig geändert hat. 700 haben sich in einem landesweiten Netzwerk organisiert, das aktuell versucht, die Diskussion um ein garantiertes Recht auf ein Mindestmaß an gebührenfreiem Wasser, das »minimo vital«, zu beeinflussen. Bisher, so die Kritik, begünstigt es, wie auch das UN-Menschenrecht auf Wasser, die Städter:innen und deren Wasserhähne. Die radikale Idee zu verbreiten, den eigenen Durst nicht trennen zu wollen von dem der anderen, seien sie nun Menschen, Kühe oder Kartoffeln, Zugvögel oder Urwälder, dafür müssten die Aktivist:innen wahrscheinlich mindestens den Haupthahn der Weltbank zudrehen.

Mehr zum Thema findet sich in dem soeben erschienen Buch „Public Water and Covid-19: Dark Clouds and Silver Linings", das über die website https://www.municipalserviceproject.org/ frei zugänglich ist

ANZEIGE